Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Gorleben Rundschau

Wir sind die Wenden: Energie • Klima • Mobilität • Gesellschaft

X–XII/2026 • #1100

50 Jahre

Im kommenden Jahr jährt sich die Benennung Gorlebens zum Atom-Standort zum 50. Mal und auch der Widerstand dagegen wird dann schon ein halbes Jahrhundert alt.

25 Jahre

Seit 2001 ist das Gorleben Archiv die Hüterin der Geschichte des Anti-Atom-Widerstands in Lüchow-Dannenberg. Im Spätsommer wurde dieser Ort der Demokratie 25 Jahre alt.

50 Jahre

Mitte der 1970er-Jahre wurde das westfälische Gronau zum Standort einer Uranaufbereitungsanlage. Jetzt, im Herbst 2026, wird der Protest gegen die UAA 50 Jahre alt.

Fotos: Cover: PubliXviewinG, S. 2: Armin Linnartz, S. 3: PubliXviewinG

Merkel kommt doch nicht …

Die kleine Sensation findet nicht statt: Die geplante Lesung von Bundeskanzlerin a.D. Dr. Angela Merkel (CDU) in Lüchow, die für den 30. November verabredet war, wurde abgesagt. Über den KiWi-Verlag, der ihr Buch *Freiheit* vertreibt, ließ Frau Merkel der *Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg* (BI) mitteilen, dass sie nicht kommen wird.

Der Kernsatz im Schreiben des Verlags lautet: „Es hat sich im Vorfeld der Veranstaltung gezeigt, dass mit diesem Termin auf allen Seiten alte Wunden wieder aufgerissen wurden. Genau das möchte Frau Dr. Merkel aber vermeiden. Aus diesem Grund kann die Lesung nicht wie geplant stattfinden. Dennoch hat mich Frau Dr. Merkel ausdrücklich gebeten, Ihnen auszurichten, dass sie sich über die Einladung der Bürgerinitiative sehr gefreut hat."

Die BI bedauert die Absage: „Die Zusage zur Lesung auf unsere Einladung hin sahen wir als einen wesentlichen Schritt, ‚alte Wunden' heilen zu lassen. Allein die Melange des Publikums hätte ein Zugehen aufeinander bedeutet. Ihr Kommen hätte so ein entscheidendes Puzzleteil werden können in der Aufarbeitung der bundesrepublikanischen Atom- und Atommüllgeschichte. Die Lesung war der geeignete Start zu unserer Veranstaltungsreihe zu 50 Jahren Gorleben im nächsten Jahr."

Impressum

48. Jahrgang
Ausgabe 1100
Oktober, November, Dezember 2026

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V.

Kontakt
Rosenstraße 20
29439 Lüchow
Telefon: 05841-4684

Mail und Internet
service@gorleben-rundschau.de
redaktion@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Ältere Ausgaben
Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

Verantwortlich (V. i. S. d. P.)
Andreas Conradt
Torsten Koopmann

Ständige Mitarbeiter
Wolfgang Ehmke, Anna Gäde
Wilma Wallat, Peter Widmayer

Produktion
Layout: Andreas Conradt
Korrektorat: Wilma Wallat

Weitere Text- und Bildrechte
wie namentlich gekennzeichnet

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter: redaktion@gorleben-rundschau.de

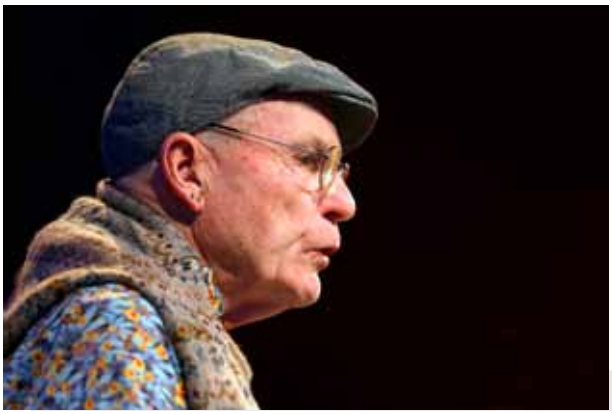
Hinweis
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Druck
die Umweltdruckerei GmbH, Hannover
Zertifikat: klimaneutral gedruckt

klimaneutral gedruckt

Papier
Circle Offset Premium White
Zertifikat: Blauer Engel

Druckfarbe
Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO



Wolfgang Ehmke ist Pressesprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg ragte bis zur Wende wie ein Dreieck in das Gebiet der DDR hinein. Dünnbesiedelt, mit Spitzenwerten für die CDU – das waren bestimmt auch Gründe für den damaligen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht, Gorleben als Standort für ein gigantisches Nukleares Entsorgungszentrum auszugucken, am 22. Februar 2027 jährt sich das zum 50. Mal und Anna Gäde und Jan Becker blicken schon mal auf unsere geplanten „Festivitäten".

Die 50 taucht in diesem Heft auch an anderer Stelle auf: Die Urananreicherungsanlage in Gronau läuft inzwischen ebenfalls 50 Jahre. Der Widerstand gegen diese Fabrik ist auch nie abgerissen, schildert Udo Buchholz. Die Besonderheit: Die Anlage ist wie die Brennelementefabrik in Lingen vom Atomausstieg ausgeschlossen, ihre Betriebszeit ist unbegrenzt, zu dem schon vorhandenen Atommüll kommt ständig weiterer hinzu.

Und auf den Müll, der unter Tage verbracht werden soll, schauen wir am 27. Oktober ganz besonders, weil die *Bundesgesellschaft für Endlagerung* (BGE) dann bekannt geben wird, ob auch die Tongebiete in Norddeutschland im Rennen bleiben beziehungsweise welche Gegenden bundesweit als „heiß" gehandelt werden, wenn Ende 2027 die Regionen benannt werden, die für die Endlagerung laut BGE in Frage kommen. Dass wir an diesem Thema dranbleiben, versteht sich von selbst, denn bisher ist auch das Wendland mit vier Tongebieten im Endlagerauswahlverfahren noch dabei – das wird über das Aus des Salzstocks Gorleben oft vergessen.

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg ragt heute in Gebiete Mecklenburg-Vorpommerns, Brandenburgs und Sachsen-Anhalts hinein, die von Wahlerfolgen der AfD geprägt sind. Bei den Landtagswahlen erreichte die AfD in Dömitz in unserer unmittelbaren Nachbarschaft 48,6 Prozent der Zweitstimmen, in Salzwedel 42 Prozent. Da machen sich die 15 Prozent bei den Kommunalwahlen in Lüchow-Dannenberg fast noch harmlos aus. Für den Tag nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt hatte die *Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg* mit dazu aufgerufen, „gegen rechts" ein Zeichen zu setzen, rund 500 Menschen kamen zur Kundgebung.

Dass wir uns an den Protesten gegen die AfD beteiligen, liegt auf der Hand. Sie macht sich unter anderem stark für die Atomkraft und will Putins Gas. Eine faktenfreie Variante ihrer Erzählungen lautet: Der Strom in Deutschland ist so teuer, weil die Atomkraftwerke stillgelegt wurden und kein billiges Gas aus Russland mehr nach Deutschland fließt.

Dieses Narrativ beschert der politischen Rechten einen erkennbar großen Zulauf, gerade weil es alle ursächlichen Krisen – Putins Ukraine-Krieg, Trumps Iran-Krieg, menschlich verursachte Klimaveränderungen – mit all ihren gravierenden Folgen ausklammert.

Beim Rätseln darüber, wie das alles sein kann, bin ich auf den Psychoanalytiker Jacques Lacan aufmerksam geworden. Er spricht von einem „master signifier". Das ist eine privilegierte Chiffre in einem diskursiven System, ein Ankerpunkt der Bedeutung, der Menschen mit ihren Erzählungen zusammenhält und ihnen Halt gibt – auch wenn diese Erzählungen nicht rational erklärbar sind. Die Erzählung kann sogar völlig inhaltsleer fortgesponnen werden, das erklärt ein trotziges Festhalten am Verbrenner, die Verteufelung der Windkraft und so fort. Alles, was „Bio" im weitesten Sinne ist, ist plötzlich „woke" und wird bekämpft. Die Grünen bezahlten dafür bei den Bundestagswahlen 2025 einen hohen Preis. Heute rangieren alle Umweltthemen in Umfragen trotz Extremhitze, Waldbränden und Starkregen nur noch auf den mittleren und hinteren Plätzen.

Das zentrale Problem: Wie können wir wieder sachlich diskutieren? Wie schaffen wir es, diese geschlossenen AfD-Erzählungen wieder aufzubrechen? Dazu müssten wir allerdings selbst aus unserer eigenen politischen Blase aufbrechen und sie durchbrechen. Es reicht nicht als Reaktion auf die Wahlsiege der politischen Rechten, immer wieder „ein Zeichen" zu setzen und sich selbst zu vergewissern, wie falsch all diese Erzählungen sind. Die „andere Seite" erreichen wir damit nicht.

Die politischen Mischungszustände, die Vielfalt der 50 Jahre Gorleben-Widerstands, die Voraussetzung unserer großen Erfolge waren, können dazu ein gutes mutmachendes Beispiel geben.

UAA und AKU

50 Jahre Widerstand gegen die Urananreicherungsanlage Gronau

Mitte der 1970er-Jahre wurde bundesweit ein Standort für die deutsche Urananreicherungsanlage gesucht. Der nordrhein-westfälische Ort Gronau im Kreis Borken direkt an der Grenze zu den Niederlanden machte das Rennen. Jetzt, im Herbst 2026, wird der Protest gegen die UAA 50 Jahre alt. Eine Bestandsaufnahme mit Rückblick und Ausblick von Udo Buchholz

Wer an den Maschendrahtzäunen steht, die die bundesweit einzige Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau sichern, ahnt nicht, dass die eher unscheinbar wirkende Anlage im Geburtsort von Udo Lindenberg jährlich nuklearen Uran-Brennstoff für den Betrieb von rund 30 Atomkraftwerken in aller Welt produziert. Und die zahllosen Uranmüllcontainer, die neben der UAA unter freiem Himmel gelagert werden, liegen versteckt hinter Erdwällen. Betrieben wird die UAA Gronau vom *URENCO*-Konzern, der international verschachtelt ist, und der unter anderem auch die niederländische Schwesteranlage in Almelo, 30 Kilometer westlich von Gronau, betreibt. Der deutsche Zweig des *URENCO*-Konzerns ist – plakativ ausgedrückt – jeweils zu 50 Prozent im Besitz der Energiekonzerne E.ON und RWE. Insgesamt ist die Firmenstruktur des *URENCO*-Konzerns, an dem auch die Niederlande und Großbritannien beteiligt sind, ziemlich undurchsichtig. E.ON und RWE erhalten jeweils 16,6 Prozent des Gewinns von *URENCO*. Die *URENCO Deutschland GmbH* in Gronau ist letztlich wohl nur eine Art Weisungsempfänger. Relevante Konzern-Entscheidungen werden von *URENCO LTD* in Großbritannien, also außerhalb der EU, getroffen.

Die *URENCO*-Firmenstruktur enthält in mehreren Ebenen auch Unternehmen, deren konkrete Tätigkeiten nur bedingt nachvollzogen werden können. Haftungsansprüche bei möglichen Unfällen im Unternehmen in Gronau oder auf den Uran-Transportwegen werden kaum zu realisieren sein. Während am Standort Gronau neben der eigentlichen Urananreicherung inzwischen auch an neuen Brennstoffen für neue AKW-Typen geforscht wird – wenn auch bisher nur theoretisch –, erfolgt am *URENCO*-Standort Jülich über die *Enrichment Technology Company* (ETC) die für die Urananreicherung erforderliche Zentrifugenforschung beziehungsweise Zentrifugenproduktion.

Geschichte der UAA Gronau 50 Jahre Protest

Als in den 70er-Jahren der Standort für die deutsche UAA gesucht wurde, kamen unter anderem Ahaus, Gronau und Lingen in die engere Auswahl. Letztlich bekam Gronau in NRW rund 20 Kilometer nördlich von Ahaus den Zuschlag. Im Oktober 1976, also vor genau 50 Jahren, gründete sich vor Ort eine Bürgerinitiative gegen den Bau der Anlage, aus der sich dann 1981 der bis heute aktive *Arbeitskreis Umwelt Gronau* (AKU) entwickelte.

Gegen den Bau der Anlage wurden Ende der 1970er-Jahre rund 7000 Einsprüche in der Bundesrepublik und in den Niederlanden gesammelt. Im Mai 1981 fand in Gronau der Erörterungstermin für die erste Ausbaustufe statt und Silvester 1981 wurde die Baugenehmigung für eine Anlage mit 1000 Tonnen Urantrennarbeit pro Jahr (UTA/a) genehmigt. In der Folgezeit folgten weitere Genehmigungsverfahren und derzeit sind 4500t UTA/a genehmigt.

Nach Baubeginn 1982 begann im ersten Teil der UAA Gronau am 15. August 1985 erstmals die Produktion von angereichertem Uran, das nach der Weiterverarbeitung in Brennelementefabriken die Grundlage für den Betrieb zahlreicher AKW in aller Welt ist. Die offizielle Einweihung der Anlage erfolgte vor gut 40 Jahren unter Protest am 12. Juni 1986, wenige Wochen nach der Tschernobyl-Katastrophe. Zur Einweihung wurde der damalige Bundesforschungsminister Riesenhuber mit einem Hubschrauber eingeflogen. Vor der Anlage demonstrierten rund 300 Bürgerinnen und Bürger gegen die Anlage und die mit ihr verbundenen Gefahren.

Anlässlich des 40. Jahrestages der offiziellen Inbetriebnahme der UAA Gronau bekräftigten Umweltverbände und Bürgerinitiativen – darunter der *Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz* (BBU), die *LNU NRW*, das *Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen* und der *AKU Gronau* – ihre Forderung nach Aufhebung der UAA-Betriebsgenehmigungen und die sofortige Stilllegung der bundesweit einzigartigen Gronauer Atomfabrik.

Umstritten ist die Anlage wegen zahlreicher Gefahren, aber auch, weil die in ihr genutzte Zentrifugentechnik auch zur Produktion von Uran für Atomwaffen genutzt werden kann. Aus diesem Grund wurden die Urananreicherungsstandorte im Iran, bei denen ebenfalls mit der Zentrifugentechnik gearbeitet wird, bombardiert. Die Anlage in Gronau ist weder gegen Flugzeugabstürze noch gegen militärische Angriffe oder Drohnenbeschuss gesichert.

Das Atommüllproblem drängt in Gronau

Beim Betrieb der UAA Gronau fällt Atommüll an, der in einem Containerlager für abgereichertes Uranhexafluorid (UF6) in großen Mengen unter freien Himmel neben der Anlage gelagert wird und für den es kein Endlager gibt. Abgereichertes Uranhexafluorid wurde in der Vergangenheit auch in großen Mengen nach Russland und Frankreich exportiert. Neben der Gronauer Urananreicherungsanlage wurde zudem ein Hallenlager für rund 60 000 Tonnen Atommüll in Form von Uranoxid gebaut. Eingelagert wurde dort aber bisher noch nichts. Es drohen dafür umfangreiche Uranoxidtransporte von Frankreich nach Gronau, denn das abgereicherte Uranhexafluorid aus Gronau wird in Frankreich in Uranoxid umgewandelt, und das soll dann in der Halle in Gronau gelagert werden. Bereits atomrechtlich beantragt wurde zudem

Transport von Uranhexafluorid durch Gronau

der Bau eines Hallenlagers neben der UAA, in dem schon bald alte und kontaminierte Uranzentrifugen gelagert werden sollen. Wann dazu das atomrechtliche Genehmigungsverfahren eröffnet wird, ist noch unklar. Es kann aber noch in diesem Jahr beginnen.

Gefahren der Urananreicherung, der Urantransporte und der atomwaffentauglichen Zentrifugentechnik

Wiederholt gab es in der Urananreicherungsanlage Gronau Störfälle, 2010 wurde ein Arbeiter in der Anlage sogar verstrahlt. Anti-Atomkraft-Initiativen, der BBU und weitere Organisationen befürchten, dass der Anlagenbetrieb mit zunehmendem Alter der Anlage noch unsicherer wird.
Weitere Gefahren gehen von den zahlreichen Urantransporten mit LKW und Sonderzügen von und zur Anreicherungsanlage aus, die ganz NRW, aber auch weitere Bundesländer, durchqueren. Oft werden sie auch international durchgeführt. Hilfs- und Rettungskräfte wie das THW oder örtliche Feuerwehren an den Transportstrecken werden im Vorfeld nicht über die gefährlichen Transporte informiert. Bei einem Transportunfall könnte es zu weitreichenden Verseuchungen kommen. Wissen muss man dabei, dass in der UAA Uranhexafluorid (UF6) verarbeitet wird, und dieser Stoff wird auch in verschiedenen Isotopenzusammensetzungen transportiert. UF6 ist radioaktiv und reagiert bei Freisetzungen unter anderem zur aggressiven Flusssäure. Wiederholt gab es Proteste gegen diese Transporte und auch Schienenblockaden. Schwachaktiver Atommüll aus Gronau wurde bereits in das Fasslager in Gorleben gebracht
Auch aus den Reihen der Friedensbewegung wird immer wieder die Stilllegung der Gronauer Urananreicherungsanlage gefordert. Sie könnte im Konfliktfall ein militärisch wichtiges Angriffsziel sein, denn die Zentrifugentechnik, die in der Anlage zum Einsatz kommt, kann auch zur Produktion von Uran für Atomwaffen genutzt werden.
Um auf die militärische Brisanz der Urananreicherung hinzuweisen, fanden und finden immer wieder Ostermärsche zur Gronauer Urananreicherungsanlage statt. An dem bisher größten Ostermarsch in Gronau beteiligten sich 2011, kurz nach dem GAU in Fukushima, rund 15 000 Menschen. Das war mit Abstand die bisher größte Demonstration in Gronau gegen die UAA.

Aktuelle Militarisierung der Urananreicherung und des Urenco-Konzerns

Wenige Tage vor dem Jahrestag der Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki fand am 2. August 2026 in Gronau eine Demonstration an der Urananreicherungsanlage statt. Es beteiligten sich rund 100 Personen. Anlass der Demonstration war die offensichtliche Zustimmung der Bundesregierung zu Plänen der britischen Regierung, den deutsch-britisch-niederländischen *URENCO*-Konzern an militärischen Atomprojekten zu beteiligen, obwohl im Vertrag von Almelo von 1970 festgelegt wurde, dass die Urananreicherung von *URENCO* nur rein zivilen Zwecken dienen soll. Aktuell ist geplant, dass in der britischen Urananreicherungsanlage der *URENCO* in Capenhurst Uran für das britische Militär angereichert werden soll. Was damit letztlich konkret gemacht werden soll, ist noch schleierhaft. Möglicherweise soll das Uran als Treibstoff für britische U-Boote zum Einsatz kommen.
Wenn es um die Urananreicherung geht, ist die Gefahr einer militärischen Nutzung immer gegeben. Die zugrunde liegende Zentrifugentechnologie gilt als der einfachste Weg, um atomwaffenfähiges Uran zu gewinnen. Brisant war das schon in den 1970er-Jahren, als ein pakistanischer Wissenschaftler Unterlagen zur Zentrifugentechnik in Almelo entwenden konnte. Darauf basieren Atomwaffenprogramme in Pakistan und in anderen Staaten.

Der Atomausstieg in NRW muss konsequent umgesetzt werden

Trotz beschlossenem Atomausstieg, trotz der Brisanz der Urananreicherung und trotz vielfältiger Proteste wird in Gronau noch immer angereichertes Uran für Atomkraftwerke produziert – bisher ohne Laufzeitbegrenzung. „Die schwarz-grüne Landesregierung in Düsseldorf stellt die für Gronau zuständige Atomaufsicht und muss gemeinsam mit der Bundesregierung den Atomausstieg konsequent umsetzen. Die Anlage in Gronau darf da nicht länger ausgeklammert werden“, heißt es vom AKU in Gronau. Als zuständige NRW-Wirtschaftsministerin ist Mona Neubaur (Grüne) für den Betrieb der Urananreicherungsanlage verantwortlich. „Es liegt in ihrer Hand für die Stilllegung der Anlage zu sorgen. Und es liegt in der Hand der regionalen und überörtlichen Anti-Atomkraft-Bewegung den nötigen Druck aufzubauen, damit das Kapitel UAA Gronau möglichst bald geschlossen werden kann.“

Fotos: Susanna Austrup, UAA Nee, Udo Buchholz

40 Jahre Sonntagsspaziergang gegen die UAA

Die örtliche Bürgerinitiative in Gronau, der *Arbeitskreis Umwelt Gronau* (AKU), ist schon seit 1981 gegen jegliche Nutzung der Atomenergie aktiv, und der grenzüberschreitende Protest im Dreiländereick von NRW, Niedersachsen und Niederlande reißt nicht ab. Wichtige Akteure in Gronau sind auch der *Natur- und Umweltschutzverein Gronau* (NUG) und die parteipolitisch unabhängige *Grün Alternative Liste* (GAL) Gronau e. V., die bis Ende 2025 im Rat der Stadt Gronau vertreten war und deren Mitglieder ein wichtiger Faktor der regionalen Anti-Atomkraft-Bewegung sind.
Unterstützt werden die Proteste gegen die UAA und gegen die Urantransporte immer wieder von weiteren Aktiven aus dem Münsterland und darüber hinaus. Dabei fanden und finden Demonstrationen gegen die UAA und Blockaden von Urantransporten statt, es gab Unterschriftenaktionen und immer wieder Mahnwachen gegen Urantransporte und an Jahrestagen der Katastrophen in Tschernobyl und Fukushima. Auch Protestcamps wurden mehrfach in Gronau durchgeführt. Zentrale Forderung: Die zuständige NRW-Landesregierung solle die sofortige Aufhebung aller bisher für die UAA erteilten Betriebsgenehmigungen veranlassen. Dass das rechtlich möglich und machbar ist, sei mehrfach mit Gutachten belegt worden.
Wichtiges Element der dauerhaften Proteste in und um Gronau gegen die Urananreicherung und die damit verbundenen Urantransporte sind die seit 40 Jahren monatlich stattfindenden Sonntagsspaziergänge an der UAA. Sie finden seit Ende 1986 regelmäßig am ersten Sonntag im Monat um 14 Uhr an der UAA statt – eine der kontinuierlichsten Aktionen der bundesweiten Anti-Atomkraft-Bewegung.
Solange in Gronau und Almelo in den Niederlanden Uran für den Betrieb von AKW angereichert wird, wird aus dem Nuklearbrennstoff letztlich in den AKW hochradioaktiver Atommüll. „Um der Atomindustrie grundlegend den Wind aus den Segeln zu nehmen, müssen international der Uranabbau und die weitere Uranverarbeitung in Gronau, Lingen und anderswo gestoppt werden“, so der AKU. „Jede Tonne Uran, die im Boden bleibt und nicht in Gronau angereichert wird, landet letztlich nicht im Castor.“ Der Protest gegen die Urananreicherung sei daher stets verknüpft mit dem Protest gegen Uranabbau und gegen die Atommüllproduktion in AKW, aber auch mit dem Protest gegen die Atomkriegsgefahr.
Deutlich wird: Es gibt viele Gründe zum Engagement gegen die Urananreicherung. Nötig ist dabei der berühmte lange Atem – und die Gewissheit, dass der Protest auch in Gronau erfolgreich sein kann. Ein gutes Beispiel Vorbild ist nach wie vor Hanau. Dort ist es Ende des letzten Jahrhunderts gelungen, die Brennelementefabriken zu stoppen.

Wer den Protest in Gronau aktiv unterstützen und zur Stilllegung der UAA beitragen möchte, ist willkommen. Und wer sich einfach mal vor Ort über die UAA und die Urantransporte informieren möchte, kann sich gerne melden und zum Beispiel einen Termin für eine Führung an der UAA vereinbaren.

Willkommen sind natürlich auch **Spenden für den UAA-Widerstand** über das Konto des gemeinnützigen Natur- und Umweltschutzver¬eins Gronau (NUG) e. V., Volksbank Gronau, IBAN: DE71 4016 4024 0143 1961 00, BIC: GENODEM1GRN, Stichwort: UAA-Protest

Weitere Informationen unter
www.bbu-online.de
www.aku-gronau.de
und auf der Facebookseite der GAL Gronau

Das Bermudadreieck der deutschen Atomindustrie

2011 beschloss der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit den sogenannten Atomausstieg. Mit einem Gesetz von Anfang August 2011 sollte Deutschland ursprünglich bis Ende 2022 vollständig aus der Atomenergie ausgestiegen sein.
Ganz Deutschland? Nein. Ein kleiner Bereich im Nordwesten Deutschlands darf seither als Bermuda-Dreieck der deutschen Atomindustrie gelten. Von Rainer Behnecke

Obwohl im April 2023 die letzten drei Kernkraftwerke vom Netz gingen, bestehen im Nordwesten der Republik weiterhin drei zentrale Pfeiler, die die Brisanz der Kernenergienutzung sichtbar machen. Der Standort Ahaus: Hier steht neben Gorleben eines der ältesten Zwischenlager für atomare Abfälle in Deutschland. Der Standort Gronau: Etwa 20 Kilometer weiter befindet sich *URENCO*, ein Unternehmen, das auf die Anreicherung von Uran für die Herstellung von Kernbrennstoff spezialisiert ist. Und der Standort Lingen: Hier befindet sich *Advanced Nuclear Fuels* (ANF), eine Tochtergesellschaft der französischen *Framatome*.
Die eigentliche Brisanz liegt nicht allein in der geografischen Nähe oder in den technischen Verbindungen. Viel brisanter ist,

wie eng Brennelementeproduktion, Urananreicherung und Atommülllagerung in Lingen, Gronau und Ahaus weiterhin miteinander verflochten sind.

Lingen: Brennelementeproduktion und russische Kooperation

Zunächst fällt der Blick auf die Brennelementefabrik in Lingen. Nahe dem Dortmund-Ems-Kanal betreibt *Advanced Nuclear Fuels* (ANF) einen Standort, der sich seit den späten 1970er- und frühen 1980er-Jahren von einer Fertigungsanlage für Pellets und Brennstäbe für deutsche Atomkraftwerke zu einem international relevanten Anbieter entwickelt hat. Der Anteil am Weltmarkt für Brennelemente liegt bei rund vier Prozent; zugleich beschäftigt ANF in Lingen etwa 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Besondere Brisanz erhält der Standort durch die Kooperation von *Framatome* mit der russischen TVEL, einer Tochtergesellschaft des russischen Staatskonzerns *Rosatom*.
In mehreren osteuropäischen Ländern werden weiterhin Kernkraftwerke russischer Bauart betrieben. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine suchen Betreiber nach Alternativen zu russischen Importen, insbesondere für spezielle sechseckige VVER-Brennelemente. Und da kommt Lingen ins Spiel: Durch die Kooperation von *Framatome* mit TVEL sollen solche Brennelemente künftig in der dortigen Fabrik gefertigt werden. Ursprünglich sollte TVEL/*Rosatom* 25 Prozent der Anteile an ANF in Lingen erwerben und damit ein Joint Venture mit *Framatome* eingehen. Mit Beginn des russischen Angriffskrieges schien dieses Vorhaben in Deutschland jedoch politisch nicht durchsetzbar. Alle Anteile an ANF liegen inzwischen bei *Framatome*; zur technologischen und lizenzrechtlichen Kooperation soll dennoch mit TVEL zusammengearbeitet werden. Genau hier liegt der Konflikt: TVEL ist als *Rosatom*-Tochter ein Konzern unter russischer Kontrolle. Mit der Zusammenarbeit sollen nicht nur Lizenzen gesichert werden, sondern auch russische Maschinen, russische Ingenieure und russische Vorkomponenten in den Standort eingebunden werden. Damit könnten russische Brennelemente im Herzen Europas mit

Brennelementefabrik in Lingen

russischer Technologie und russischem Zugang gefertigt werden.
Trotz erheblicher Kritik in der Region, einer mehrtägigen Anhörung vor Ort und rund 11000 Einwendungen wurde an den Plänen festgehalten. Kritikerinnen und Kritiker verweisen insbesondere auf Risiken durch Spionage, Cyberangriffe und ausländische Einflussnahme.
Nachdem das Bundesumweltministerium nach eingehender Prüfung offenbar keine Gefährdung der kritischen nuklearen Infrastruktur erkennen konnte, erteilte das Niedersächsische Umweltministerium am 22. Juli dieses Jahres weisungsgebunden die Genehmigung zur Fertigung von VVER-Brennelementen unter strengen Auflagen. Sie sehen unter anderem vor, dass Mitarbeitende von TVEL und Rosatom keinen Zugang zum Gelände der Brennelementefabrik erhalten und die eingesetzten Lizenzmaschinen extern überprüft werden müssen. Auch die gesamte IT-Infrastruktur wird technisch getrennt, um die Gefahr von Cyberangriffen zu reduzieren. Dennoch stellt sich die Frage, ob nicht gerade das grün geführte Umweltministerium gegen den Bund hätte klagen sollen, um diese Kooperation zu verhindern.
Festzuhalten ist, dass die Brennelementefabrik in Lingen einen erheblichen Wandel durchlaufen hat. Ursprünglich war sie als Zulieferer für deutsche Atomkraftwerke konzipiert; nach dem deutschen Atomausstieg entwickelte sie sich zu einer westeuropäisch exportorientierten Fabrik. Inzwischen werden diese Exporte durch Lieferungen nach Osteuropa ergänzt.
Darüber hinaus liegt die Vermutung nahe, dass das Werk in Lingen direkt mit Uran aus Russland beliefert wird. Dies wurde seitens des Bundesumweltministerium unter Hinweis auf Geheimschutz jedoch bisher nicht bestätigt. Hochbrisant bleibt jedoch, dass der russische Nuklearsektor bislang von den EU-Sanktionen gegen Russland ausgenommen wurde. Damit entsteht aus Sicht der Kritikerinnen und Kritiker eine erhebliche Lücke in der europäischen Sanktionspolitik. Neben Risiken durch Sabotage oder Cyberangriffe fließen weiterhin erhebliche Beträge nach Russland. Aus diesem Grund forderte unter anderem die umweltpolitische Sprecherin der Grünen, Julia Verlinden, den Bund auf, die Einstiegsgenehmigung erneut zu prüfen.
Am 11. September 2026 wurde zudem bekannt, dass der BUND Niedersachsen Klage gegen die Genehmigung der Erweiterung eingereicht hat. Dabei beruft sich der BUND unter anderem auf Mängel in der Umweltverträglichkeitsprüfung und eine nicht ausreichende Behandlung der Einwendungen aus der Öffentlichkeit. Da für die Genehmigung kein Sofortvollzug angeordnet wurde, hat die eingereichte Klage aufschiebende Wirkung.
Um die zu umgehen, hat die ANF inzwischen beim niedersächsi-

Dünne Wand- und Deckenstärken im Zwischenlager in Ahaus

schen Umweltministerium einen Antrag auf Sofortvollzug gestellt. Vor dem Hintergrund der jüngsten Vorkommnisse mit Drohnen in Leipzig hat der dortige Umweltminister Christian Meyer (Grüne) wiederum eine Anfrage bei der Bundesregierung gestellt, ob diese aufgrund der Vorkommnisse eine andere Beurteilung der Sicherheitslage vornimmt.

Gronau: Urananreicherung und Proliferationsrisiken

Der Blick richtet sich nun rund 20 Kilometer weiter südwestlich. Im Dreiländereck von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und den Niederlanden liegt in Gronau das Unternehmen *URENCO*. Es liefert, vereinfacht gesagt, den Treibstoff für die Brennelementeherstellung in Lingen: angereichertes Uran.
URENCO ist ein internationales Unternehmen mit Hauptsitz in Stoke Poges, Großbritannien. Anteilseigner sind zu jeweils einem Drittel die britische Regierung, die niederländische Regierung sowie die deutschen Energiekonzerne RWE und *PreussenElektra*. Die Anlage in Gronau wurde 1985 in Betrieb genommen und besitzt nach Unternehmensangaben eine Kapazität von bis zu 3.400 tSW/a. *URENCO* reichert Uran mit Gasultrazentrifugen an. Dieses Verfahren erhöht den Anteil von Uran 235 im verarbeiteten Uranhexafluorid. Die Genehmigung für den Standort Gronau erlaubt eine Anreicherung bis zu fünf Prozent. Technisch wäre eine höhere Anreicherung grundsätzlich möglich, sie ist am Standort Gronau auf Basis der vorliegenden Genehmigung jedoch untersagt. Besonders sensibel ist in diesem Zusammenhang die geplante Herstellung von HALEU (High-Assay Low-Enriched Uranium) im *URENCO*-Werk Capenhurst im Vereinigten Königreich. HALEU kann als Ausgangsstoff für Brennstoffe neuer Reaktorkonzepte wie Small Modular Reactors (SMR) dienen und erhöht damit die Debatte über Proliferationsrisiken.
Festzustellen ist, dass die Genehmigung zur HALEU-Anreicherung im Vereinigten Königreich von den Anteilseignern der *URENCO* mitgetragen werden musste. Neben der britischen Regierung betrifft dies auch die niederländische Regierung sowie die deutschen Anteilseigner. Nicht nur lokal regt sich zunehmender Widerstand, da der Übergang von ziviler zu militärischer Nutzung der Anreicherung als besonders sensibel gilt. Auch hier zeigt sich eine erhebliche Abhängigkeit von Russland. Weil das Land den Weltmarkt für Uran stark prägt, bezieht auch *URENCO* einen erheblichen Teil seines Urans über Importe aus Russland.
Die Verbindung von Gronau zu Lingen wird unmittelbar deutlich: Das in Gronau angereicherte Uran findet in Lingen einen direkten Abnehmer. Auch ohne HALEU ist *URENCO* in Gronau ein bedeutender Akteur in der nuklearen Lieferkette. Sowohl *URENCO* als auch ANF in Lingen blieben bislang vom deutschen Atomausstieg unberührt.

Ahaus: Zwischenlagerung und Sicherheitsdefizite

Weitere rund 20 Kilometer in südöstlicher Richtung befindet sich das Zwischenlager Ahaus. Der Ort gehört ebenso wie Gorleben zu den zentralen Zwischenlagerstandorten in Deutschland. Beide Zwischenlager sind baugleich und weisen aus Sicht von Kritikerinnen und Kritikern vergleichbare Defizite beim Schutz gegen *Sons-*

Fotos: Screenshot, PubliXviewinG ,GNS, URENCO Deutschland GmbH

tige Einwirkungen Dritter (SEWD) auf. Eingelagert wurden in Ahaus unter anderem sechs abgebrannte Brennelemente aus ehemaligen deutschen Atomkraftwerken sowie 305 Castoren mit abgebrannten Brennelementekugeln aus dem ehemaligen Thorium-Hochtemperaturreaktor Hamm-Uentrop (THTR). Seit Frühjahr 2026 sollen weitere 152 Castoren mit knapp 290 000 Brennelementekugeln aus dem Zwischenlager Jülich über die Straße nach Ahaus verbracht werden. Die Genehmigung in Ahaus läuft 2036 aus und damit nur zwei Jahre später als in Gorleben. Die *Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung* (BGZ) als Betreiberin hat bereits angekündigt, einen Verlängerungsantrag um zwanzig Jahre zu stellen.

An diesem Punkt zeigt sich jedoch ein deutliches Forschungsdefizit in Ahaus. Während die BGZ verschiedene, meist noch im Anfangsstadium befindliche Forschungsarbeiten an herkömmlichen Brennelementen betreibt, forscht sie bislang nicht an den Alterungsprozessen der Brennelementekugeln. Begründet wird dies vor allem damit, dass die Nachzerfallsleistung der Brennelementekugeln sehr gering sei. Dennoch haben die Brennelementekugeln eine eigene Historie; zudem verfügt die BGZ über fundierte Kenntnisse zu den wiederholten Pannenserien am THTR Hamm-Uentrop.

Die Forschung zu Alterungsprozessen herkömmlicher Brennstäbe sowie zerstörungsrelevante Versuche wie *bend and break* werden an den Brennelementekugeln nicht vorgenommen. Auch wenn deren Nachzerfallswärme sehr gering ist, besteht gerade hier das Risiko, dass bei einer Beschädigung der TRISO-Beschichtungen oder der Graphithülle Neutronen freigesetzt werden können.

Da die Hallenkonstruktion mit ihren maximal 50 Zentimeter starken Wänden und der 20 Zentimeter starken Decke identisch ist mit der Halle in Gorleben, ergeben sich vergleichbare Probleme im Hinblick auf Sicherung und Sicherheit.

Wie die Physikerin Oda Becker im Auftrag von *.ausgestrahlt* bereits 2024 darlegte, besteht bei einem gezielten Flugzeugabsturz und insbesondere bei einem Drohnenangriff auf die Hallenkonstruktion ein erhebliches Risiko. Bei einem Drohnenangriff wären je nach Windrichtung eine Evakuierung in einem Umkreis von bis zu fünf Kilometern sowie eine langfristige Umsiedlung der Bevölkerung in einem Umkreis von bis zu 1,5 Kilometern erforderlich. Darüber hinaus wären landwirtschaftliche Interventionen, etwa Ernteausfälle oder Bodenaustausch, je nach Windrichtung bis mindestens 20 Kilometer Entfernung notwendig.

Aufgrund der identischen Bauweise lässt sich dieses Szenario grundsätzlich auch auf Gorleben übertragen.

Damit wird deutlich, dass zwischen den Gegebenheiten in Ahaus und Gorleben sowie dem neu geplanten Zwischenlager in Lubmin, Mecklenburg-Vorpommern, mit seinen 180 Zentimeter starken Wand- und Deckenkonstruktionen eine erhebliche Diskrepanz besteht.

Sie wirft zentrale Fragen auf: Warum plant Lubmin mit Wand- und Deckenstärken von 180 Zentimetern, während in Ahaus Wandstärken von bis zu 50 Zentimetern und Deckenstärken von 20 Zentimetern weiterhin als ausreichend gelten sollen? Und warum wird in Lubmin eine Zwischenlagerung bis zur Inbetriebnahme eines Endlagers beantragt, während in Ahaus und Gorleben lediglich eine Verlängerung um weitere zwanzig Jahre angestrebt wird?

An der Konstellation dieses „Bermuda-Dreiecks“ lässt sich deutlich erkennen, dass die Atomindustrie in Deutschland weiterhin eine gewichtige Rolle spielt. Von der Urananreicherung in Gronau über die Brennelementeherstellung in Lingen bis zur Lagerung deutscher Atommüll-Altlasten befinden sich zentrale nukleare Hotspots in einem vergleichsweise kleinen Dreieck im Nordwesten Deutschlands.

URENCO in Gronau

▶ Quintessenz

Ahaus, Gronau und Lingen liegen nur wenige Dutzend Kilometer auseinander – und genau darin liegt die politische Sprengkraft. Was auf der Landkarte wie ein regionales Dreieck wirkt, erscheint bei näherem Hinsehen wie ein kompaktes Netzwerk der Atomindustrie: In Gronau wird Uran angereichert, in Lingen werden Brennelemente gefertigt, in Ahaus lagert der Atommüll. Der Atomausstieg hat die Reaktoren abgeschaltet, nicht aber die industrielle Infrastruktur dahinter. Im Nordwesten Deutschlands bleibt damit sichtbar, was bundespolitisch oft aus dem Blick gerät: Die Atomfrage ist längst nicht erledigt.

Quellen
Nds. Umweltministerium, .ausgestrahlt
eigene Recherchen

50 Jahre Gorleben

50 Jahre Widerstand

Im Februar 1977 wurde das Elbdorf Gorleben über Nacht berühmt – als Standort für ein gigantisches Nukleares Entsorgungszentrum. Der Widerstand dagegen formierte sich nur wenige Tage später. Er wurde in den folgenden Jahrzehnten zu einem Korrektiv energiepolitischer Fehlentscheidungen und zu einem Motor für die Demokratie. Ein Resümee von Anna Gäde und Jan Becker

Als der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht im Februar 1977 Gorleben als Standort für ein *Nukleares Entsorgungszentrum* (NEZ) benannte, entflammte ungeahnter Protest. Was als rein politische Entscheidung ohne wissenschaftliche Begründung und ohne Einbindung der Bevölkerung begann, entwickelte sich zu einem der prägendsten gesellschaftlichen Konflikte der deutschen Nachkriegsgeschichte. Geplant war der Bau einer gigantischen Nuklearfabrik – eine Entscheidung, die topografisch und politisch kalkuliert schien: tiefste Provinz, direkt an der damaligen innerdeutschen Grenze, vermeintlich strukturschwach und erzkonservativ. Doch diese Rechnung ging nicht auf. Sie übersah die Menschen vor Ort und unterschätzte ihr Durchhaltevermögen und ihre Kreativität.

Der Widerstand einte Gruppen, die zuvor kaum Berührungspunkte hatten. Lokale Bäuer:innen protestierten Seite an Seite mit bürgerlichen Initiativen, linken Aktivist:innen, Künstler:innen und Umweltschützer:innen. Die Besetzung der Bohrstelle 1004 im Mai 1980 und die Ausrufung der *Republik Freies Wendland* gelten bis heute als Meilenstein alternativer Lebens- und Protestformen. Die Transporte von hochradioaktivem Müll ab Mitte der 1990er-Jahre führten zu den größten Polizeieinsätzen der bundesdeutschen Geschichte. Die Bilder von Zehntausenden, die sich bei eisigen Temperaturen an die Schienen ketteten, brannten sich in das kollektive Gedächtnis der Nation ein. Das Wendland entwickelte sich zum Kristallisationspunkt der deutschen Anti-Atom-Bewegung, die sich im internationalen Vergleich durch eine außergewöhnliche Kontinuität und breite gesellschaftliche Verankerung auszeichnete.

▶ Ohne das Wendland wäre die Geschichte anders verlaufen

Der anhaltende Druck aus dem Wendland zwang die Politik schrittweise zum Umdenken. Ohne den zähen Widerstand in Gorleben wäre der Atomausstieg in Deutschland – seit 2023 sind alle Meiler abgeschaltet – in dieser Form kaum denkbar gewesen. 2020 folgte schließlich die historische Kehrtwende: Gorleben wurde aufgrund geologischer Mängel offiziell aus der künftigen Endlagersuche ausgeschlossen.

Fotos: PubliXviewinG, picture alliance

Der Salzstock wird seither wieder mit Salz verfüllt – ein monumentaler Erfolg für die Bewegung. Der Gorleben-Widerstand trug entscheidend zum Atomausstieg bei und führte schließlich zu einem Neustart der Endlagersuche in einem wissenschaftsbasierten und gesetzlich geregelten Verfahren.
Die Auseinandersetzung hat die Region Lüchow-Dannenberg nachhaltig geprägt. Aus dem Widerstand ist eine eigenständige politisch-kulturelle Identität erwachsen. Die Diskurs- und Beteiligungskultur in Deutschland hat sich durch Gorleben verändert. Heute fordert die Gesellschaft Transparenz und wissenschaftsbasierte Kriterien bei staatlichen Großprojekten – was als eine direkte Lehre aus den damaligen politischen Fehlentscheidungen um den Salzstock zu werten ist. Die Anti-AKW-Bewegung prägte nicht nur die Energiepolitik, sondern beeinflusste die politische Kultur Deutschlands nachhaltig: Sie etablierte Protest und zivilgesellschaftlichen Widerstand als legitime Bestandteile einer lebendigen Demokratie und förderte die Entwicklung neuer Beteiligungsformen.

Protest ist ein notwendiger Teil der Demokratie

Die Protestgeschichte im Wendland ist eng verbunden mit dem Ringen um demokratische Grundwerte wie Rechtsstaatlichkeit, Bürgerbeteiligung und politische Transparenz. Sie zeigt, wie bürgerschaftliches Engagement demokratische Prozesse beeinflussen und weiterentwickeln kann. Und sie macht deutlich: Protest ist nicht nur ein legitimer, sondern notwendiger Bestandteil einer lebendigen und sich weiterentwickelnden Demokratie. Die Beschäftigung mit dem Gorleben-Konflikt bietet die Möglichkeit, sich mit den jeweils unterschiedlichen Sichtweisen von Bürgerinitiativen, Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Gerichten auseinanderzusetzen. Diese Fähigkeit ist eine elementare Voraussetzung für kritische Meinungsbildung und gesellschaftliche Teilhabe – gerade in Zeiten, in denen antidemokratische Bewegungen immer mehr Zulauf bekommen.
Technologische und ökologische Jahrhundertentscheidungen dürfen niemals parteipolitischem Kalkül oder kurzfristigem Opportunismus folgen. Die wohl wichtigste politische Lehre ist das Scheitern des sogenannten *Top-down-Verfahrens*. Das neue, 2017 gestartete Standortauswahlgesetz für ein Atommüll-Endlager fordert umfassende Bürgerbeteiligung, Transparenz und wissenschaftliche Kriterien von Anfang an, um Fehler wie in Gorleben zu vermeiden. Wer heute über Infrastrukturprojekte, Energiewende oder gesellschaftliche Teilhabe spricht, baut – bewusst oder unbewusst – auf den Fundamenten auf, die im Wendland gegossen wurden.

Der Jahrestag des Gorleben-Protests ist die Erinnerung an eine Zäsur

Der 50. Jahrestag dieser Bewegung ist nicht bloß ein regionales Jubiläum – es ist die Erinnerung an eine Zäsur, die die politische Kultur der Bundesrepublik tiefgreifend und unumkehrbar verändert hat. Die historische Bedeutung dieses Konflikts reicht weit über die Atompolitik hinaus. Gorleben hat bewiesen, dass Großprojekte in einer modernen Demokratie nicht mehr im berühmt-berüchtigten „Hinterzimmer" gegen den expliziten Willen einer Bevölkerung durchgesetzt werden können. Das zeigt: Wer sich zu Wort meldet und engagiert, kann auch jenseits von Wahlen unsere Gesellschaft mitgestalten. In Zeiten von Populismus und Demokratiemüdigkeit gewinnt diese Erkenntnis eine große Bedeutung für die Erneuerungsfähigkeit unserer Demokratie.
Dazu kommt: Auch wenn die Anti-AKW-Bewegung mit dem Ausstieg aus der Atomenergie und dem Ende des Endlagerstandorts Gorlebens erfolgreich war, bleiben die Debatten um die Endlagerung radioaktiver Abfälle und die Zukunft der Atomenergie aktuell. Vor diesem Hintergrund kann die Geschichte des Gorleben-Konflikts wichtige Erkenntnisse liefern. Gorleben zeigt uns nach 50 Jahren: Geschichte wird nicht nur in den Hauptstädten gemacht, sondern manchmal auch auf staubigen Straßen oder eiskalten Bahnschienen. Es ist wichtig und notwendig, dieses Jubiläum zu feiern, um diese Lehren wachzuhalten und die demokratische Streitkultur für kommende Generationen zu bewahren.

Anfang und Ende des Gorleben-Konflikts: Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU; oben) präsentiert am 22. Februar 1977 den wendländischen Ort Gorleben als Standort für ein NEZ.

Der wendländische Widerstand feiert Anfang Oktober 2020 das Aus für Gorleben. Nach über 43 Jahren des Widerstands war am 28. September 2020 der Salzstock Gorleben aus dem Verfahren der Endlagersuche ausgeschieden.

Breites Programm zum Jahrestag 2027

Im 50. Jahr des Gorleben-Widerstands soll es 2027 ein breites Programm geben. Dazu haben sich die *Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg*, das *Gorleben Archiv*, die *Bäuerliche Notgemeinschaft* und die *Rechtshilfe* als Trägerkreis zusammengefunden.

Bisher angedacht sind ein öffentlicher Festakt im Februar sowie eine Filmreihe mit ausgewählten Filmen und Reportagen über die Bewegung. Während der *Kulturellen Landpartie im Wendland* (Himmelfahrt bis Pfingsten, 6. bis 17. Mai 2027) soll es in Gedelitz und an den Gorlebener Anlagen ein besonderes Programm sowie ein ein Pfingstfestival in Gedelitz geben. Weiterhin geplant ist eine Veranstaltungsreihe mit Vorträgen und Workshops, ein Kunstprojekt zum Mitmachen (50 Jahre in Fliesen-Mosaiken) sowie Erzählcafés verschiedener Gruppen der Widerstandsbewegung.

Wer selbst eine Veranstaltung machen oder weitere Ideen einbringen möchte, kann sich beim Trägerkreis melden: **kontakt@50-jahre-gorleben.de**

Anna Gäde (li.) und Birgit Huneke

Es ist auch deine Geschichte

25 Jahre Gorleben Archiv. Von Anna Gäde

Im Jahr 2001 waren fast 25 Jahre Widerstand gegen die Atomanlagen in Gorleben vergangen, die jährlichen Castor-Transporte liefen. Auf Dachböden, in Kellern, Scheunen und Arbeitszimmern hatte sich unzähliges Material angesammelt: Protokolle, Tagebücher, Plakate, Fotos und Filme – Zeugnisse eines der größten gesellschaftlichen Konflikte der bundesdeutschen Nachkriegszeit. Angesichts dieser Spuren stellte sich in der wendländischen Anti-Atom-Bewegung die Frage, ob ein eigenes Bewegungsarchiv nötig sei. Die Antwort der Betroffenen war eindeutig.

▶ Empörung war treibende Kraft

Denn nicht nur drohte das gesammelte Material in Vergessenheit zu geraten; es gab einen weiteren Auslöser. Bereits Ende 1999 gab es Bestrebungen, die Geschichte des Anti-Atom-Widerstands in Lüchow-Dannenberg in einer Art Museum unterzubringen – initiiert von Dr. Rolf Meyer, Pressesprecher der Endlager bauenden DBE und Hobby-Sammler des *Museums Wustrow*. Über Meyers Vision einer zentralen Dokumentationsstelle unter dem Motto „Gorleben sammeln" erfuhr die Bevölkerung aus der Presse. In der Bewegung löste das Empörung aus. Das Material – etwa Korrespondenz mit Behörden im Streit um Demonstrationsverbote und die Standortbenennung – sollte den Akteurinnen und Akteuren der Bewegung überlassen bleiben, aus Verantwortung gegenüber all denen, die Widerstand geleistet hatten. Eine Zusammenarbeit mit Vertretern der Betreiber kam für die Bewegung nicht in Frage.

▶ Geschichte bewahren

So wurde 2001 das *Gorleben Archiv* gegründet – aus einer Not heraus, wie die Beteiligten heute betonen. Der Verein konterte mit dem Slogan: „Wir machen Geschichte! Der Gorleben-Konflikt ist nicht ‚reif fürs Museum'! Wir sind mittendrin!" In der Satzung hoben die Gründer:innen hervor, dass kommende Generationen an den Folgen der technokratischen und politischen Entscheidungen zu leiden hätten. Für sie solle die Geschichte bewahrt werden und Anstoß geben, sich politisch einzumischen. Zudem solle das Archiv eine wissenschaftliche Aufarbeitung ermöglichen und die Pro-

Fotos: Kina Becker

testgeschichte der Öffentlichkeit zugänglich machen. Schon 2001 war den Beteiligten klar, dass die Geschichte um Gorleben so bald nicht zu Ende sein würde.
Gegründet von Trägerinnen und Trägern des örtlichen Widerstands – darunter der *Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg*, der *Bäuerlichen Notgemeinschaft* und Aktivistinnen wie Marianne Fritzen – entstand der Verein aus dem Bedürfnis der Bewegung heraus, die eigene Geschichte selbst zu bewahren. Die Gründung markierte einen Wendepunkt: Die Anti-Atom-Bewegung wandelte sich von einer rein gegenwartsorientierten Protestbewegung zu einem historisierenden Phänomen, das sich Deutungshoheit über die eigene Vergangenheit sichern wollte. 2010 zog das Archiv von Grabow in das Lüchower Stadtzentrum, Rosenstraße 17, wo es der Öffentlichkeit und Forschung bis heute offensteht.

Bibliothek im *Gorleben Archiv*

▶ Zigtausend Dokumente

In 25 Jahren haben erst Maggie Coellen und danach Birgit Huneke als hauptamtliche Mitarbeiterinnen, unterstützt durch ein Team ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer, eine umfangreiche Sammlung aufgebaut. 2023 hat Anna Gäde die Leitung übernommen. Heute verfügt das Archiv über rund 150 000 Fotos und Dias, etwa 3500 Fachbücher und Broschüren, über 700 Plakate, rund 5000 Stunden digitalisiertes Film- und Tonmaterial sowie Zigtausende Schriftstücke aus Privat- und Gruppenbeständen, die zum Teil nur hier zu finden sind. Die Plakatsammlung wurde zwischen 2017 und 2018 digitalisiert und in die Plattform *Kulturerbe Niedersachsen* aufgenommen. Finanziert wird die Arbeit ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Projektförderungen.
Das Archiv hat sich über die reine Bewahrung hinausentwickelt. Exponate wurden unter anderem in Ausstellungen im *Architekturmuseum Frankfurt*, im *Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig* und im *Deutschen Technikmuseum Berlin* gezeigt. Bis 2026 stellte das Archiv Informationstafeln an zehn geschichtsträchtigen Orten der *Straße des Widerstands* auf. Wie zahlreiche Bundes- und Landespolitiker:innen bezeichnete auch die ehemalige niedersächsische Landtagspräsidentin Gabriele Andretta das Archiv bei einem Besuch als „bedeutendes Gedächtnis einer bundesweit relevanten Widerstandsbewegung".

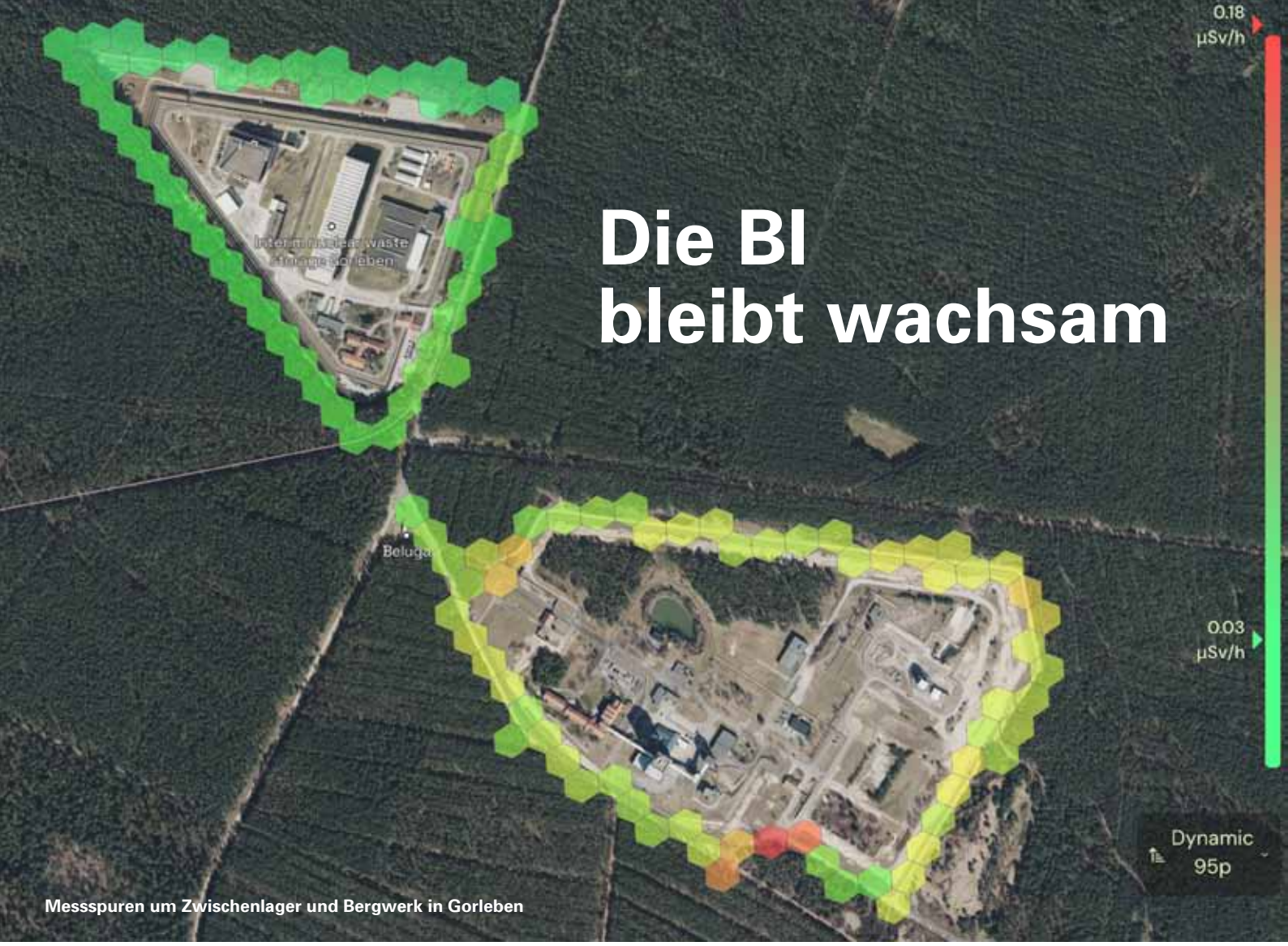
▶ Demokratische Erfahrungen

Mit dem 25-jährigen Jubiläum, das Ende August 2026 gefeiert wurde, blickt der Verein auf ein Vierteljahrhundert voller Herausforderungen und Partnerschaften zurück. Die Arbeit geht jedoch weiter: 2020 wurde Gorleben als möglicher Endlagerstandort gestrichen, doch die Entsorgung des Atommülls bleibt ungelöst, und die Endlagersuche dauert an. Das Archiv bewahrt also nicht nur Vergangenheit, sondern auch demokratische Erfahrungen, politische Werte und Wissen für aktuelle und künftige Debatten. Im Sinne des Kulturwissenschaftlers Jan Assmann ist es ein lebendiges Speichergedächtnis einer Bewegung, deren Geschichte zeigt, dass Demokratie von Teilhabe und Erinnerung lebt.

25-Jahr-Feier in Mützingen

Archiv-Gründungsmitglieder Gabi Haas (li.) und Birgit Huneke

Die BI bleibt wachsam



Messspuren um Zwischenlager und Bergwerk in Gorleben

Die Betreiberin des Zwischenlagers in Gorleben hat die Betriebsgenehmigung für weitere 20 Jahre beantragt. Zugleich liegt die Inbetriebnahme eines Endlagers noch immer in weiter Ferne, und so werden die CASTOR-Behälter wohl noch 100 Jahre in der bestehenden Halle verbleiben – ohne nennenswerte bauliche Veränderungen und weitgehend ungeschützt vor Drohnen- oder Terrorangriffen. Um die Strahlenbelastung vor Ort selbstständig überprüfen zu können, hat die *Fachgruppe Radioaktivität* der *Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg* ein Gamma-Spektrometer angeschafft und erstmals eingesetzt. Von Peter Widmayer

Im *Brennelemente-Zwischenlager Gorleben* (BZG) befinden sich seit 2011 insgesamt 113 Behälter, beladen mit abgebrannten Brennelementen und verglasten Abfällen aus der Wiederaufbereitung. Das Zwischenlager und die CASTOR-Behälter wurden für 40 Jahre gebaut und zugelassen. Die Genehmigung ist befristet bis Ende 2034, eine Verlängerung um weitere 20 Jahre wurde von der Betreiberin erst kürzlich beantragt.

Teil der Genehmigungsauflagen ist das Einhalten einer maximalen zusätzlichen Strahlenbelastung von 0,3 Millisievert/Jahr (mSv/a) am Anlagenzaun. Im Rahmen der kontinuierlichen Umgebungsüberwachung führt die *Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung* (BGZ) hierzu Messungen an definierten Messpunkten durch und veröffentlicht diese jeweils im *Jahresbericht Umgebungsüberwachung.*

Aus den detaillierten Darstellungen im Bericht von 2025 geht hervor, dass die Jahresdosis mit Beginn der CASTOR-Einlagerung und abhängig von der Anzahl eingelagerter Behälter kontinuierlich ansteigt, spätestens jedoch seit Erreichen der maximalen Zahl von 113 CASTOREN im Jahr 2011 bis heute wieder, wie zu erwarten, um rund drei Prozent pro Jahr natürlich abklingt. Quantitativ betrachtet bleibt der gemessene Wert mit aktuell 0,12 mSv/a deutlich unterhalb des maximal genehmigten Grenzwerts von 0,3 mSv/a. Dabei geht die gemessene Ortsdosisleistung nahezu ausschließlich auf Neutronen zurück, wohingegen aus den CASTOREN austretende Gamma-Quanten spätestens durch den Erdwall innerhalb des Betriebsgeländes wirksam abgeschirmt werden.

▶ Natürliche Strahlenbelastung

Im Vergleich dazu beträgt die gesamte natürliche Strahlenexposition eines Menschen in Deutschland durchschnittlich 2,1 Millisievert im Jahr. Je nach Wohnort, Ernährungs- und Lebensgewohnheiten reicht sie von 1 mSv bis 10 mSv. Zu den Risiken zählen vermeidbare oder zumindest bewusst in Kauf

Fotos: BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

genommene Belastungen wie das Rauchen, häufige Langstreckenflüge oder der Verzehr von teils noch immer belasteten Pilzsorten infolge der Tschernobyl-Katastrophe von vor über 40 Jahren.
Auch kontinuierlich aus dem Untergrund austretendes Radon-Gas erhöht die äußere Strahlenbelastung für Menschen in den betroffenen Regionen teils deutlich. Der Landkreis Lüchow-Dannenberg zählt dabei zu den Regionen mit sehr geringer äußerer Strahlenbelastung. Sie liegt aufgrund der typischen Bodenbeschaffenheit bei deutlich unter 1 mSv/a, während sie in Regionen mit granitreichen Böden (wie im Harz und im Schwarzwald) um ein Vielfaches höher liegen kann. Bundesweit überwachen zahlreiche Messstationen kontinuierlich die äußere Strahlenbelastung. Ihre Ergebnisse sind öffentlich einsehbar.

▶ BI bleibt wachsam

Nun also hat die BGZ den Antrag auf Verlängerung der Zwischenlagerung in Gorleben um weitere 20 Jahre eingereicht – wohl wissend, dass die CASTOR-Behälter sich sogar weitere 100 Jahre in Gorleben befinden werden.
Das Etablieren einer kontinuierlichen und transparenten Überwachung von Zwischenlagergebäude und CASTOR-Behältern auf Alterungsprozesse und mechanische Instabilität ist darum eine zentrale Forderung der *Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg* (BI). Zwar sei nicht zu erwarten, dass die Strukturen im Inneren der Behälter plötzlich mechanisch versagen, dennoch seien schleichende Instabilitäten vorstellbar, die frühzeitig erkannt werden müssten, um im Rahmen eines Notfall- und Reparaturkonzepts rechtzeitig gegensteuern zu können, so die *Fachgruppe Radioaktivität* der BI. Es gebe erste Schritte in Richtung eines kontinuierlichen Monitorings, ein Notfallkonzept liege aber noch in weiter Ferne. Grundsätzlich sei die BI nicht gegen Zwischenlager, sondern für deren stärkere Sicherung.

▶ Neu: Gamma-Spektrometer

Aus diesem Grund hat die BI kürzlich ein aktuelles Gamma-Spektrometer angeschafft mit dem die *Fachgruppe Radioaktivität* künftig die Überwachung der Ortsdosisleistung an ausgewählten Stellen in der Region sowie die Ortung und Identifizierung möglicher radioaktiver Quellen vornehmen soll. Das Spektrometer misst dabei die Energie und Intensität von Gammastrahlung, die von natürlichen oder künstlichen Radionukliden ausgeht. Damit lässt sich sowohl die natürliche Hintergrundstrahlung bestimmen als auch bei lokalen Anomalien klären, ob diese auf natürliche Quellen (zum Beispiel Granit) oder künstliche Kontaminationen (zum Beispiel durch Unfälle oder Ablagerungen) zurückgehen. Besonderheit eines Spektrometers ist dabei, dass über das Energiespektrum der Gammaquelle einzelne Nuklide identifiziert werden können, so zum Beispiel Kalium-40 als natürliches, auch im menschlichen Körper und der Nahrung vorkommendes Kalium-Isotop, oder Cäsium-137 als Zerfallsprodukt der Kernspaltung und Hauptverursacher europaweiter radioaktiver Belastung nach der Katastrophe von Tschernobyl. Thorium-232 wiederum ist in Granitgestein enthalten ist und lässt sich dort anhand seiner Zerfallsprodukte nachweisen.

▶ Erster Einsatz: Sonntagsspaziergang

Die allwöchentlich stattfindenden Sonntagsspaziergänge um Teile der Gorlebener Atomanlagen boten kürzlich Gelegenheit zu ersten ernsthaften Messungen. Mit dem Spektrometer, am Fußknöchel befestigt, ging es im typischen Spaziertempo um die Anlagen.
Komfortabel ließen sich so nicht nur Messwerte aufnehmen, sondern dieselben auch als Messspuren auf der Landkarte darstellen. Klar erkennbar wurde der genommene Weg und, farblich markiert, die zugehörige Ortsdosisleistung. Wichtig für das Verständnis: Die farbliche Codierung von grün = Minimum bis rot = Maximum bezieht sich ausschließlich auf die im Bild angegebene Skala in µSv/h. Auch der maximale, rot dargestellte Wert von 0,18 µSv/h liegt mit umgerechnet etwa 1,6 mSv/a noch im Bereich der natürlichen Radioaktivität.
Wie spätere Messungen an den Stellen mit der höchsten Aktivität zeigen, sind diese unkritisch und mit großer Wahrscheinlichkeit auf natürliche Radioaktivität im geschotterten Weg oder im Asphalt zurückzuführen.
Insgesamt konnte also bisher keine nennenswerte Belastung festgestellt werden.

Bodennaher Einsatz des neuen Spektrometers der *Fachgruppe Radioaktivität*

Handlungsfähig in der Krise

Das Gamma-Spektrometer verschafft der Bürgerinitiative Handlungsfähigkeit im Falle des Eintretens einer Krisensituation – sei es ein Unfall mit radioaktiven Stoffen, das nächste Tschernobyl oder das Austreten von Radioaktivität aus dem trotz der aktuellen Krisenzeiten nur unzureichend gesicherten Zwischenlager.

Messungen öffentlich einsehbar

Wichtiger Grundsatz der BI-Arbeit ist absolute Transparenz gegenüber ihren Mitgliedern und der Öffentlichkeit. Das gilt auch für die Messergebnisse der *Fachgruppe Radioaktivität*. So lassen sich die Messpuren nicht nur einfach auf der Landkarte darstellen, sondern über das von *Radiacode* betriebene Portal auch mit der Community teilen. Alle von der Messspuren sind über den Link **https://map.radiaverse.com/users/Fachgruppe_R** einsehbar und lassen sich durch Zoomen bis auf den einzelnen Messpunkt hin jederzeit analysieren.

Anregungen erwünscht

Aktuell sammelt die *Fachgruppe Radioaktivität* der BI Ideen und Anregungen zur Planung sinnvoller Messaktivitäten. Dazu könnten gehören die regelmäßige Überprüfung der Umgebungsaktivität am Zwischenlager, aber auch die Überprüfung von Orten, die sich nach dem Tschernobyl-Unfall als besonders stark belastet erwiesen haben. Auch Messungen an Punkten oder Objekten, die von der Community als „verdächtig" oder interessant eingestuft werden, sind denkbar: getrocknete Pilze, alte Uran-Gläser, verdächtige Gegenstände und mehr.

Feedback und Anregungen für die Fachgruppe bitte per Mail an **fachgruppe_radioaktivitaet@bi-luechow-dannenberg.de**

Quellen
BfS, ODL-Info, BGZ, Radiaverse, eigene Recherchen

BI intern

Kaminfeuer mit begrenzter Wirkung

Die *Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg* gehört zu den dienstältesten Stimmen der deutschen Anti-Atom-Bewegung – und ihre Kritik an der aktuellen Sicherheitspolitik wiegt entsprechend. In einer Stellungnahme wirft sie der Betreiberin und vor allem dem *Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung* vor, die laufende Öffentlichkeitsbeteiligung zur Verlängerung der Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle zur reinen Formalität verkommen zu lassen. Von Peter Widmayer

Die Geschichte der *Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg* (BI) ist untrennbar mit dem Kampf gegen Gorleben verbunden. Jahrzehntelang wehrte sich die Initiative dagegen, das Wendland zum atomaren Endlagerstandort der Bundesrepublik zu machen. Die Ironie der Geschichte: Heute kämpft dieselbe Bürgerinitiative dafür, dass die rund 1900 CASTOR-Behälter mit hochradioaktivem Müll, die noch für etwa ein weiteres Jahrhundert oberirdisch in 16 Zwischenlagern verteilt über ganz Deutschland gelagert werden müssen, gegen die Bedrohungen der Gegenwart gesichert werden – Terrorangriffe, Drohnen, hybride Risiken. „Wir sind nicht gegen Zwischenlager", stellt die BI klar. „Wir sind dafür, dass sie sicher sind."

▶ Öffentlichkeitstheater statt echter Mitwirkung

Scharf ins Gericht geht die Initiative mit der Art, wie die Öffentlichkeitsbeteiligung der *Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung* (BGZ) als Betreiberin vor Ort aktuell inszeniert wird. Was als „Particitainment" daherkomme, sei in Wahrheit nichts anderes als das Abarbeiten formaljuristischer Mindestanforderungen. Besonders kritisch sieht die BI die Doppelrolle des *Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung* (BASE): Als Genehmigungsbehörde für die Verlängerung der Zwischenlagerung und gleichzeitig als Verantwortliche für die Öffentlichkeitsbeteiligung agiere die Behörde in einem unauflösbaren Interessenkonflikt. Die Konsequenz: Die BI boykottiert die Teilnahme – nicht aus Gleichgültigkeit, sondern aus Prinzip. Jede Beteiligung würde nur als stillschweigende Billigung des Verfahrens interpretiert.

▶ Wertschätzende Gespräche, magere Ergebnisse

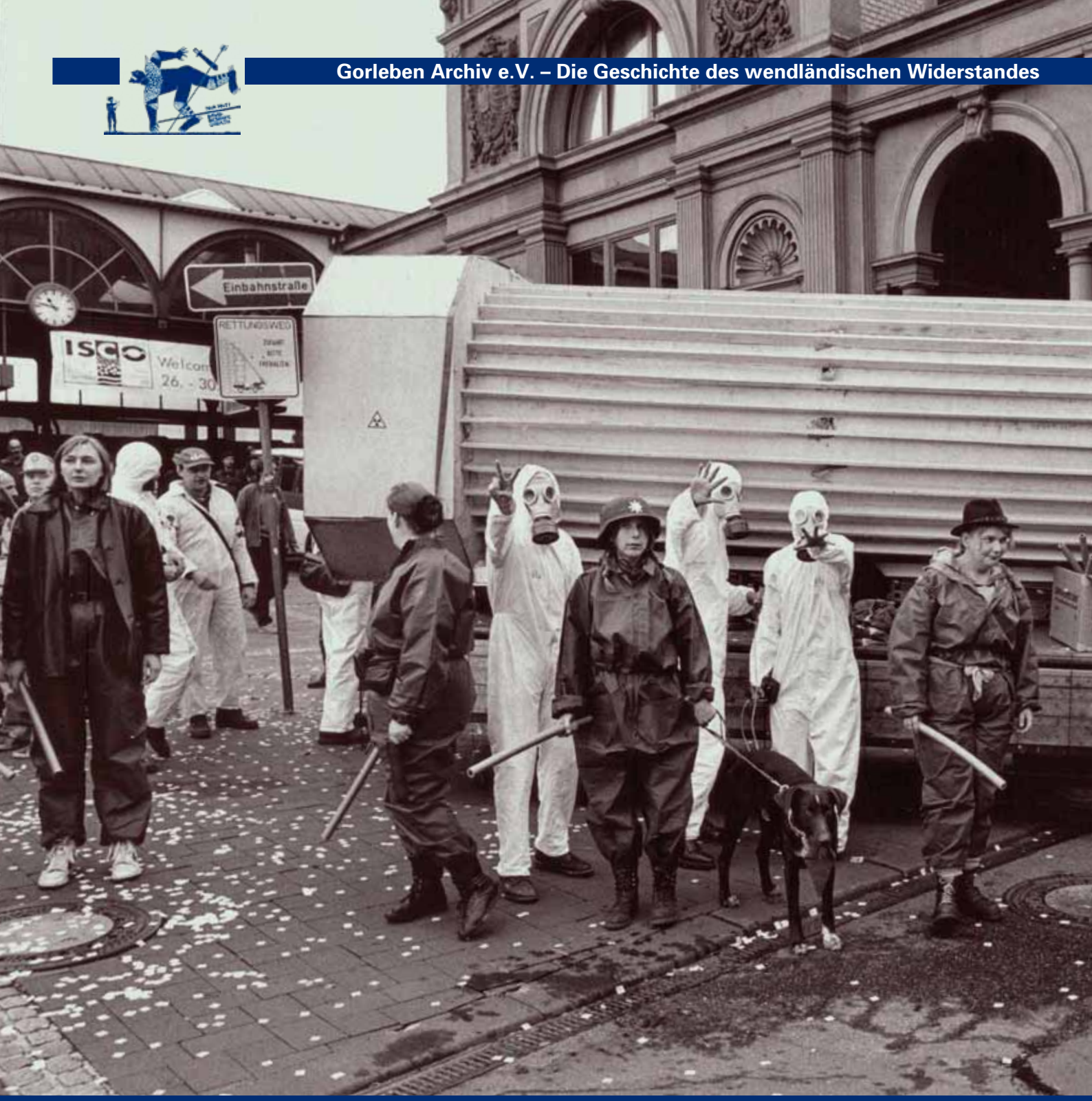
Im Hintergrund allerdings pflegt die BI einen bemerkenswert direkten Draht zur Leitungsebene des *Bundesministeriums für Umwelt und nukleare Sicherheit* (BMUKN) sowie des BASE. In regelmäßigen „Kamingesprächen" werde auf Augenhöhe, mit Zeit und Wertschätzung über Fragen der nuklearen Sicherung diskutiert – stets konstruktiv, stets respektvoll. Doch genau hier liegt das Problem: Angesichts der Brisanz der Themen – Verlängerung der Zwischenlager, Sicherheit gegen neue Bedrohungslagen, Reform des Regelwerks – bleiben die Ergebnisse aus. Was nützen Dialogformate, wenn sie nichts bewegen?

▶ Ein Aufruf zum Handeln

Die Bürgerinitiative formuliert ihre Position mit einer Mischung aus Anerkennung und Frust: Wertschätzung allein reicht nicht. Die Sicherheit von 1900 CASTOR-Behältern in 16 Zwischenlagern über die nächsten hundert Jahre ist keine Frage des guten Tons – sie ist eine Frage politischer Entscheidungen.

Ihr könnt das besser, beweist es!

Fotos: KI-generiert (S. 18), Gorleben Archiv



www.gorleben-archiv.de

„Wir prügeln den Castor nach Bonn"

von Jan Becker

Ende August 1996 – vor 30 Jahren also – reisten 400 Atomkraftgegner:innen per Sonderzug von Dannenberg in die damalige Bundeshauptstadt Bonn. Ihr Motto: der „erste Atommülltransport nach Bonn". Im Gepäck dieses Polit-Happenings hatten sie einen Theaterstreich mit *Bullizei*, Wasserwerfer und einen Pappmaché-Castor.

Der Protest richtete sich gegen die Atompolitik der damaligen Bundesregierung unter Helmut Kohl (CDU), die an der Nutzung der Atomkraft festhielt. Im Mai war der zweite Castortransport nach Gorleben von einem massiven Polizeiaufgebot durchgesetzt worden.

Dieser „Riesenspaß" unter den Beteiligten trug den Protest dorthin, wo die politischen Entscheidungen getroffen wurden. Unter der Bevölkerung Bonns sorgte er für Irritationen. Unter den Aktivist:innen war auch Marianne Fritzen, Mitbegründerin des Gorleben Archivs.

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e. V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo – Mi: 10 – 15 Uhr • Do: 12 – 18 Uhr • Fr: geschlossen
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de

Politische Entscheidungen brauchen Einmischung von außen

Unterstütze die Arbeit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name ..... Vorname .....

Straße ..... Hausnummer .....

PLZ, Ort ..... E-Mail .....

Datum ..... Unterschrift .....

☐ Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

☐ Ich möchte die „Gorleben Rundschau" künftig regelmäßig (4 x im Jahr) und weiteres Infomaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

☐ Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

- ☐ einmalig EUR .....
- ☐ monatlich EUR .....

Kontoinhaber ..... Name der Bank .....

BIC ..... IBAN .....

☐ Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg
IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an die oben genannte Adresse schicken.